



Regierungskoalition in Estland gescheitert

Ministerpräsident Juhan Parts tritt zurück

Am 24. März 2005 hat der estnische Ministerpräsident Juhan Parts beim Staatspräsidenten Rüütel den Rücktritt seiner Regierung eingereicht. Damit ist die bürgerlich-liberale Regierungskoalition in Estland, die aus drei Parteien bestand (Res Publica- 28 Sitze, Reformpartei - 19 Sitze, und Volkunion -13 Sitze - von insgesamt 101 Sitzen) nach gut zwei jähriger Amtszeit zerbrochen.

Die stärkste Kraft in dieser Koalition, die Partei Res Publica, war erst kurz vor den regulären Parlamentswahlen, die im März 2003 stattfanden, gegründet worden und konnte sich auf Anhieb 28 Sitze von 101 sichern. Sie war damit genau so stark wie die Zentrumsparlei des Rivalen Edgar Savisaar. Ihr hervorragendes Abschneiden war in erster Linie auf einen unkonventionellen und modernen Wahlkampf und eine junge, dynamische Mannschaft zurückzuführen. Beides signalisierte einen transparenten und vertrauenswürdigen Politikstil. Res Publica fand in der liberal orientierten Reformpartei und in der auf ländliche Bevölkerungsgruppen gestützten

Volkunion zwei Koalitionspartner, mit der sie ein Regierungsprogramm vereinbaren konnte. Der Beitritt zu EU und NATO sowie eine liberale Wirtschaftspolitik mit niedrigen Steuersätzen waren wichtige Eckpunkte ihrer Politik. Juhan Parts war mit 36 Jahren einer der jüngsten Ministerpräsidenten Europas und führte sein Land auf dem letzten Abschnitt in die NATO und die EU.

Die Arbeit der Regierungskoalition geriet ins Stocken, als die Res Publica bei dem ersten Wählertest nach den Nationalwahlen, den Wahlen zum Europäischen Parlament, eine herbe Niederlage hinnehmen mußte. Es gelang ihr nicht, einen Abgeordneten nach Straßburg zu entsenden. Sie erhielt nur 6,7 % der Stimmen (im März 2003 bei den Nationalwahlen waren es 24,6 %). Dieses schlechte Ergebnis war ein Schock für die junge Partei. Es machte auch den Plan zunichte, die beiden Regierungsparteien Res Publica und Reformpartei zu vereinigen. Die Reformpartei fürchtete, von dem schlechten Image des Koalitionspartners beschädigt zu werden und rückte von der bereits vereinbarten Zusammenführung der

Parteien wieder ab. In der Folge verhärteten sich die Fronten zwischen den Koalitionsparteien immer mehr. Auf der einen Seite war die Reformpartei gezwungen, drei Minister aus ihrer Partei auszutauschen, weil sie durch Fehlverhalten in Schwierigkeiten gerieten (Wirtschafts-, Verteidigungs- und Außenminister). Auf der anderen Seite spielte die Res Publica mit dem Gedanken, den Koalitionspartner zu wechseln und mit dem ehemaligen politischen Gegner Savisaar zu paktieren.

Als sich ein Anlaß bot, einen Minister aus der Partei Res Publica anzugreifen, nutzt die Reformpartei diese Situation und unterstützte ein Mißtrauensvotum gegen den Justizminister. Eine offene Flanke bot sich, weil der Minister jährliche Quoten für die Anklage von Beamten wegen Korruption festlegen wollte. Dieser Plan wurde von den Koalitionspartnern nicht mitgetragen und Reformpartei und Volksunion stimmten am 21. März mit der Mehrheit im Parlament für ein Mißtrauensvotum gegen den Justizminister der eigenen Regierung. Dies bedeutete das faktische Ende der Regierung Parts.

Zusammenfassend ist festzuhalten, daß nach der Wahlniederlage bei der Europawahl die Angst vor Machtverlust bei den Regierungsparteien zu taktischer Geschäftigkeit und Profilsuche führte. Die von einer Krise in die nächste holpernde Regierungskoalition hat auch die Gesetzgebung im estnischen Parlament praktisch lahmgelegt. Die Abgeordneten versammelten sich oft nur 20 Minuten,

ohne Beschlüsse zu fassen. In diesem Jahr wurde noch kein wichtiges Gesetz angenommen. „Der Maskenball, auf dem Estland mit der EU und der NATO getanzt hat, ist jetzt zu Ende. Weniger als ein Jahr nach dem Eintritt sind die Masken gefallen und häßliche innenpolitische Streitigkeiten aufgedeckt worden“, so kommentierte die größte Tageszeitung Estlands die innenpolitische Lage des Landes.

Über die Frage der Bildung einer neuen Regierung gibt es vielfältige Spekulationen. Einiges deutet jedoch darauf hin, daß die Res Publica als stärkste Fraktion erneut an der Regierung beteiligt sein wird, weil sich arbeitsfähige Mehrheiten ohne die Beteiligung dieser Partei kaum bilden lassen. Für diese These spricht auch, daß eine Abgeordnete der Res Publica (Ene Ergma) unmittelbar nach dem Rücktrittsgesuch der Regierung Parts mit großer Mehrheit (66 Stimmen) zur Parlamentspräsidentin gewählt wurde und nicht der Gegenkandidat, der aus dem links-orientierten Lager stammt.

Über die Frage, wen Staatspräsident Rütel mit der Regierungsbildung beauftragt, kann zur Zeit keine seriöse Prognose abgegeben werden. Der Staatspräsident wird in den nächsten 14 Tagen viele Gespräche führen müssen.